

14. **Schlußbetrachtung**

Im Hinblick auf die sehr hohen Investitionen für den Gewässerschutz kommt einer einwandfreien Klärschlammabeseitigung wachsende Bedeutung zu. Dabei kann die landwirtschaftliche Verwertung einen wertvollen Beitrag leisten. Der derzeitige Stand des Klärschlammverbleibs kann nicht befriedigen. Ziel muß eine möglichst weitgehende Nutzung der im Klärschlamm enthaltenen Inhaltsstoffe sein. Aus Kostengründen und der Schlammzusammensetzung heraus bietet sich vor allem die direkte Verwertung des Klärschlammes im Landbau an. Um nicht bei einer Deponie auf landwirtschaftlicher Fläche stehen zu bleiben, sondern eine echte

Verwertung — d. h. Integration in das landwirtschaftliche Düngungssystem — zu ermöglichen, müssen die im Klärschlamm enthaltenen Nähr- und Schadstoffe durch regelmäßige Analysen ermittelt werden. Nach diesen Ergebnissen kann eine nutzbringende und Schäden ausschließende Mengenbemessung des Klärschlammes vorgenommen werden. Eine entsprechende Ergänzungsdüngung vermag dann das Ertrags- und Qualitätsoptimum sicherzustellen.

Die in dieser Informationsschrift aufgezeigten Kriterien stellen die fachliche Grundlage dar, auf der in Zukunft eine gezielte Klärschlammverwertung in der Landwirtschaft durchgeführt werden kann.

1387

DARMSTADT

Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978

Auf Grund des § 13 Abs. 2 und des § 15 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), in Verbindung mit § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. I S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 106), wird mit Zustimmung der Obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

§ 2

(1) Das Naturschutzgebiet „Nachtweid von Dauernheim“ besteht vorwiegend aus Feuchtwiesen in den Flurteilen „Nachtweid“, „Schwaas“, „Heege“, „Hünengräber“, „Au“ und „Kuhweide“ in der Gemarkung Dauernheim der Gemeinde Ransstadt im Wetteraukreis und dem Flurteil „Mittelweide“ in der Gemarkung Nieder-Mockstadt der Gemeinde Florstadt im Wetteraukreis. Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von ca. 75 ha.

(2) Das Naturschutzgebiet besteht in der Gemarkung Dauernheim aus dem Flurstückteil Flur 11, Nr. 99 (Nidda), soweit es niddaabwärts der Brücke in Höhe von Flur 11, Nr. 60, liegt, und den Flurstücken Flur 12, Nr. 80 bis 83, 85 und 80 (Weg), soweit es an die Flurstücke Flur 12, Nr. 83 und 81 angrenzt, sowie Teile des Flurstücks Nr. 33, soweit es an das Flurstück Flur 12, Nr. 80, angrenzt, Flur 13, Nr. 8, 11 bis 25, Flur 14, Nr. 5 bis 6, 34 bis 41, und in der Gemarkung Nieder-Mockstadt die Flurstücke Flur 4, Nr. 33/1 und Flur 5, Nummer 149/3.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in Karten im Maßstab 1 : 25 000 und 1 : 2000 rot eingetragen.

(4) Diese Verordnung und die in Abs. 3 genannten Karten sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt — Höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt — Oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden, beim Kreis-ausschuß des Wetteraukreises — Untere Naturschutzbehörde — in Friedberg und bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

(5) Das Naturschutzgebiet wird durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

§ 3

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;

2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;

3. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;

4. das Gelände außerhalb der Wege zu betreten;

5. zu fahren, zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;

6. Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;

7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben;

8. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen;

9. Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. I S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), zu beeinträchtigen oder Maßnahmen zur Entwässerung durchzuführen;

10. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen oder das Gelände sonst zu verunreinigen;

11. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung vom 31. August 1976 (GVBl. I S. 339) zu errichten, zu erweitern oder zu verändern, auch wenn dies keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedarf;

12. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten oder zu verändern;

13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;

14. Biozide anzuwenden;

15. Hunde frei laufen zu lassen;

16. Fahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;

17. die Nutzung von Wiesen oder Weiden zu ändern;

18. Schafe weiden zu lassen oder durchzutreiben.

§ 4

Im Heeggraben erfolgt in der Zeit vom 1. Februar bis zum 31. August ein Kulturstau mit einer Stauwehrhöhe von 123,20 Meter über NN. Die Stauhöhe wird durch eine Staumarke gekennzeichnet. Die Oberste Naturschutzbehörde kann das Absenken des Staus zulassen, soweit dies aus Gründen des Naturschutzes geboten ist.

§ 5

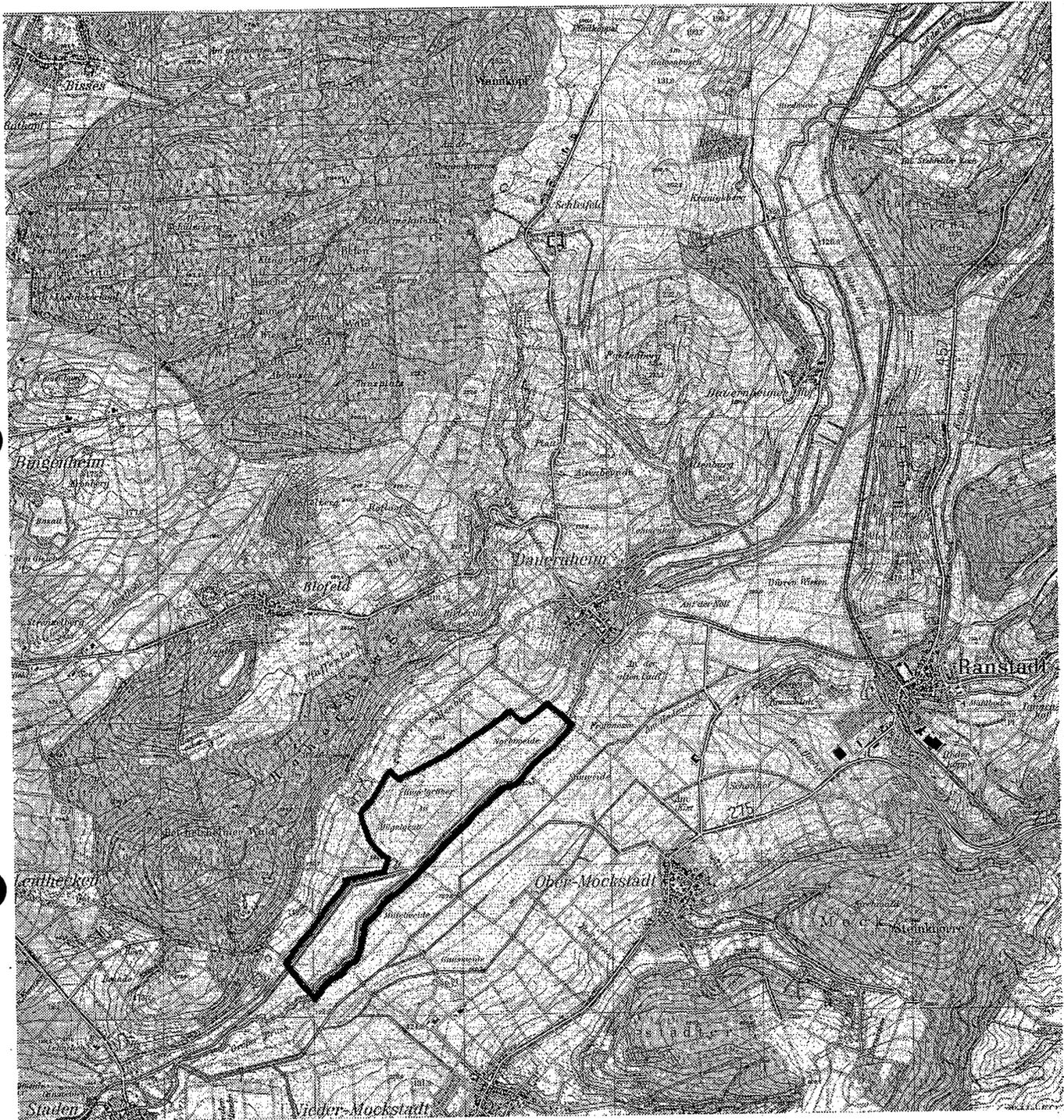
Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 14, 17 und 18 genannten Einschränkungen;

2. die forstwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 3 und 14 genannten Einschränkungen;

3. die Ausübung der Jagd, nicht jedoch das Abhalten von Gesellschaftsjagden, in der Zeit vom 1. Februar bis zum 30. September;

4. die Ausübung der Sportfischerei an der Nidda vom linken Ufer aus;



5. wasserwirtschaftliche Maßnahmen, soweit diese den Bau und Betrieb eines Hochwasserrückhaltebeckens ohne Dauerstau betreffen;
6. die Räumung der bestehenden Vorfluter in der Zeit vom 1. September bis zum 31. Januar im Einvernehmen mit der Höheren Naturschutzbehörde;
7. die von der Höheren Naturschutzbehörde angeordneten Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung.

§ 6

(1) In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Durchführung von Forschungsarbeiten, kann die Oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zulassen.

(2) Die Ausnahmegenehmigung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.

(3) Die Ausnahmegenehmigung ist, soweit kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt, zu versagen, wenn trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.

(4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 7

(1) Die Eigentümer und jeder, dem ein Recht an einem Grundstück zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den An-

ordnungen der Höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der Höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 8

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchst. b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 3 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchst. a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig, ohne daß dies nach § 5 zulässig ist,

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1);
2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3);
4. das Gelände außerhalb der Wege betritt (§ 3 Abs. 2 Nr. 4);
5. fährt, reitet, lagert, badet, Wohnwagen aufstellt, lärmst oder Feuer anzündet oder unterhält (§ 3 Abs. 2 Nr. 5);
6. Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 3 Abs. 2 Nr. 6);
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Abs. 2 Nr. 7);
8. Bodenbestandteile entnimmt, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt (§ 3 Abs. 2 Nr. 8);
9. Gewässer beeinträchtigt oder Maßnahmen zur Entwässerung durchführt (§ 3 Abs. 2 Nr. 9);
10. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt oder das Gelände sonst verunreinigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 10);
11. bauliche Anlagen errichtet, erweitert oder verändert (§ 3 Abs. 2 Nr. 11);
12. Freileitungen oder Versorgungsanlagen errichtet oder verändert (§ 3 Abs. 2 Nr. 12);
13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Abs. 2 Nr. 13);

14. Biozide anwendet (§ 3 Abs. 2 Nr. 14);

15. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 2 Nr. 15);

16. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Abs. 2 Nr. 16);

17. Wiesen oder Weiden anders nutzt (§ 3 Abs. 2 Nr. 17);

18. Schafe weidet oder sie durchtreibt (§ 3 Abs. 2 Nr. 18);

19. den Heeggraben höher als 123,20 m über NN oder außerhalb der Zeit vom 1. Februar bis zum 31. August aufstaut oder den Kulturstau ohne Zulassung absenkt (§ 4), sowie das Stauwehr oder die Staumarke beschädigt oder verändert.

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 7 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 9

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 10

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Nachtweid von Dauernheim“, Gemarkung Dauernheim, der Gemeinde Ranstadt und Gemarkung Nieder-Mockstadt, der Gemeinde Florstadt, Wetteraukreis, vom 25. Juni 1975 (StAnz. S. 1255) wird aufgehoben.

§ 11

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. 11. 1978

Bezirksdirektion für
Forsten und Naturschutz
— Höhere Naturschutzbehörde —
gez. Graulich

StAnz. 47/1978 S. 2324

1388

Personalnachrichten

Es sind

B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei

ernannt:

zum **Ministerialrat** Regierungsdirektor (BaL) Heinz Kugler (27. 10. 1978);

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Günter Hoffmann (27. 10. 1978);

Statistisches Landesamt

ernannt:

zu **Regierungsoberräten** die Regierungsräte (BaL) Manfred Frosch (1. 11. 1978), Emil Hohmann (24. 10. 1978).

Wiesbaden, 2. 11. 1978

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
I B 2 — 8 a

StAnz. 47/1978 S. 2326

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Hessisches Landeskriminalamt

ernannt:

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaP) Bernd Paul, Joachim Wenz (beide 24. 10. 1978), die Polizeimeister (BaL) Wilhelm Fernau, Herbert Förstel, Ralf Rischer (sämtlich 24. 10. 1978), Reinhard Leimbach (26. 10. 1978);

zu **Kriminalhauptmeistern** Kriminalobermeister (BaP) Albert Heftrig (24. 10. 1978), die Kriminalobermeister (BaL) Werner Gaber, Helmuth Klinger, Klaus-Detlev Klug, Karl-Heinz Lange, Horst Seliger, Hans Georg Trachler (sämtlich 24. 10. 1978);

zu **Kriminalkommissaren** Polizeiobermeister (BaP) Ulrich Bielka (24. 10. 1978), Kriminalhauptmeister (BaL) Gerhard Heß (24. 10. 1978);

zu **Kriminaloberkommissaren** die Kriminalkommissare (BaL) Dieter Böcher, Wolfgang Böckel, Manfred Fuhr, Heini Gerhardt, Horst Hanstein, Matthias Krüger, Rudolf Pretsch, Werner Siemon (sämtlich 24. 10. 1978);

entlassen:

Kriminalobermeister (BaL) Karl Heinz Höhler (31. 10. 1978) gemäß § 41 HBG.

Berichtigung:

In StAnz. 1978 S. 2175 ist unter C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern, Hessisches Landeskriminalamt, bei „entlassen.“ Polizeiobermeister (BaP) Armin Visosky zu streichen. Wiesbaden, 30. 10./6. 11. 1978

Hessisches Landeskriminalamt
VII/11 — 8

StAnz. 47/1978 S. 2326

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers Ministerium

ernannt:

zum **Leitenden Ministerialrat** Ministerialrat (BaL) Lothar Schießer (1. 10. 78);

zum **Ministerialrat** Regierungsdirektor (BaL) Matthias Bunge (1. 10. 78);

zur **Regierungsdirektorin** Regierungsoberrätin (BaL) Sleglinde Mauer (1. 10. 78);

zu **Regierungsoberräten** (BaL) Regierungsoberrat z. A. (BaP) Dr. Hansjörg Wellmer (21. 9. 78), Regierungsrat (BaL) Dr. Gerd Wüstemann (30. 10. 78);

657

Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Darmstadt vom 1. Juni 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

(1) In der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg von Reichenbach“ vom 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1392) erhält § 9 folgende Fassung:

„§ 9

Von den Verboten der §§ 3 und 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Schannenbacher Moor“ vom 15. September 1975 (StAnz. S. 1856),

„Tongrubengelände von Bensheim und Heppenheim“ vom 20. Mai 1977 (StAnz. S. 1407),

„Hainlache von Bickenbach“ vom 14. September 1978 (StAnz. S. 2057),

„Rallenteich von Eppertshausen“ vom 7. Oktober 1976 (StAnz. S. 1969),

„Reinheimer Teich“ vom 19. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 109),

„Taubensemd“ vom 14. Dezember 1976 (StAnz. S. 2323),

„Bruderlöcher“ vom 24. Juni 1974 (StAnz. S. 1206),

„Altkönig“ vom 27. Januar 1978 (StAnz. S. 603),

„Burghain Falkenstein“ vom 4. Dezember 1974 (StAnz. S. 2321),

„Rentmauer-Dattenberg“ vom 12. Juli 1974 (StAnz. S. 1398),

„Schmittröder Wiesen“ vom 10. Mai 1977 (StAnz. S. 1245),

„Altholzinsel Gretenberg“ vom 10. Oktober 1977 (StAnz. S. 2119),

„Beilstein“ vom 11. Februar 1977 (StAnz. S. 548),

„Hässeler Weiher von Neuenhaßlau“ vom 23. November 1976 (StAnz. S. 2197),

„Hochbruch von Hausen“ vom 9. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 175),

„Kirschenwiesen von Marjoß“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978, S. 224),

„Am Rauensee bei Steinheim“ vom 17. Oktober 1977 (StAnz. S. 2337),

„Röhrig von Rodenbach“ vom 10. Dezember 1976 (StAnz. S. 2321),

„Weinberg bei Steinau“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 222),

„Wiesbüttmoor“ vom 12. September 1978 (StAnz. S. 2019),

„Rossert-Hainkopf-Dachsbau“ vom 18. Mai 1977, (StAnz. S. 1248),

„Bruchwiesen von Dorndiel“ vom 8. September 1977 (StAnz. S. 2071),

„See am Goldberg“ vom 14. September 1977 (StAnz. S. 1980),

„Bruch von Heegheim“ vom 5. August 1976 (StAnz. S. 1578),

„Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978 (StAnz. S. 2324),

„Silzwiesen von Darmstadt-Arheilgen“ vom 22. Februar 1978 (StAnz. S. 605),

„Enkheimer Ried“ vom 30. Oktober 1973 (StAnz. S. 2056),

„Finkenloch von Wallernhausen“ vom 14. Oktober 1974 (StAnz. S. 2002),

erhält § 5 folgende Fassung:

„§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere

Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(3) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Weschnitzinsel von Lorsch“ vom 10. Dezember 1979 (StAnz. S. 2520),

„Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 959),

„Torfkaute, Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 7. August 1979 (StAnz. S. 1762),

„Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525),

„Hailerer Sommerberg“ vom 16. November 1979 (StAnz. S. 2363),

„Lochborn von Bieber“ vom 9. August 1979 (StAnz. S. 1765),

„Niederrodenbacher Steinbrüche“ vom 20. November 1979 (StAnz. S. 2361),

„Waldweiher bei Bad Soden-Salmünster“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2522),

„Weinberg von Neuengronau“ vom 29. November 1979 (StAnz. S. 2402),

„Erlenwiesen-Hattenberg bei Marköbel“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1337),

„Kinzigau bei Langenselbold“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1865),

„Bruch von Bad König und Eitzengesäß“ vom 28. Juli 1980 (StAnz. S. 1437),

„Rotes Wasser Olfen“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1868),

„Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979 (StAnz. S. 1850),

erhält § 6 folgende Fassung:

„§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder des § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
gez. W. Link
Regierungspräsident

StAnz. 28/1989 S. 1484

658

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Juni 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Erbach im Bereich der Martin-Luther-Straße, Neckarstraße von Jahnstraße bis Neue Lustgartenstraße, Bahnstraße, Am Schloßgraben, Brückenstraße, Werner-von-Siemens-Straße bis Sylvester-Stockh-